

Zur politischen Ökonomie post-nationalstaatlicher Konflikte

MICHAEL EHRKE

Mats Berdal und David M. Malone (Hg.), *Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars*, Boulder/London 2000

Frances Stewart und Valpy FitzGerald (Hg.), *War and Underdevelopment I. The Economic and Social Consequences of Conflict*, Oxford 2001

Francois Jean und Jean-Christophe Rufin (Hg.), *Ökonomie der Bürgerkriege*, Hamburg 1999 (Original Paris 1996)

Georg Elwert, *Gewaltmärkte. Beobachtung zur Zweckrationalität der Gewalt*, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 37, 1997

Paul Collier und Anke Hoeffner, *Greed and Grievance in Civil War* World Bank, Oktober 2001

Trutz von Trotha, *Die Zukunft liegt in Afrika. Vom Zerfall des Staates, von der Vorherrschaft der konzentrischen Ordnung und vom Aufstieg der Parastaatlichkeit*, in: Maecenata Aktuell 2001

Nach dem Sieg der Amerikaner über das Taliban-Regime in Afghanistan haben sich die Industrieländer zur Hilfe beim Wiederaufbau des Landes verpflichtet. De facto wird die internationale Gemeinschaft kaum mehr leisten können, als einen »normalen« Staat Afghanistan zu simulieren, der sich wie in den Zeiten der sowjetischen Besatzung auf eine Sicherheitszone in und um Kabul reduziert. Zwanzig Jahre Bürgerkrieg haben eine Ökonomie sui generis geschaffen, deren Fortexistenz mit dem inneren Frieden des Landes und seiner friedlichen Einbindung in die regionale und internationale Wirtschaft unvereinbar ist.¹ Afghanistan ist aber nur eines von vielen Ländern, deren Ökonomie durch langdauernde »low-intensity«-Konflikte nachhaltig verändert wurde. In den letzten

1. S. Barnett Rubin, »The Political Economy of War and Peace in Afghanistan«, in: *World Development*, Herbst 2000

Jahren ist eine Reihe von Studien erschienen, die das Verständnis solcher »low-intensity«-Konflikte und der mit ihnen verbundenen Interessen auf eine neue Grundlage stellen.

Post-nationalstaatliche Konflikte: Fortsetzung der Ökonomie mit anderen Mitteln

Weltweit hat der »low intensity conflict« den traditionellen zwischenstaatlichen Krieg verdrängt. Das schwedische Forschungsinstitut SIPRI registrierte in der letzten Dekade des 20. Jahrhunderts weltweit 56 »größere« Konflikte.² Der von Dan Smith herausgegebene »Atlas on War and Peace« führt für 1990–1999 118 bewaffnete Konflikte an.³ SIPRI zufolge waren nur drei der 56 Konflikte zwischenstaatliche Kriege, Smith zählt zehn zwischenstaatliche Kriege, fünf Unabhängigkeitskriege, einen »transnationalen Krieg« (im Kongo), zwei nicht klassifizierbare Kriege und 100 »primarily or even exclusively internal conflicts«. Darüber hinaus hat der langdauernde Bürgerkrieg die zeitlich begrenzte Eruption organisierter Gewalt verdrängt. Unter den vom SIPRI für das Jahr 2000 aufgeführten 23 »größeren« Bürgerkriegen waren nur vier weniger als neun Jahre alt (Algerien, Burundi, Kongo und Ruanda). Die registrierten Konflikte geben freilich noch keine vollständige Auskunft über das Gewaltpotenzial auch in offiziell befriedeten Situationen. Kennzeichnend für viele Entwicklungs- und Transformationsländer ist nicht nur der offene Bürgerkrieg, sondern das Nacheinander bewaffneter Kämpfe, fragiler Kompromisse und erneuter bewaffneter Auseinandersetzungen.

Gewaltsame Konflikte in der Dritten Welt sind kein Novum. In der Zeit des Kalten Krieges galten sie meist als »proxy wars«, als Auseinandersetzungen, die mehr oder weniger direkt auf die Konfrontation der Supermächte zurückgeführt werden konnten. Die USA und die Sowjetunion finanzierten, bewaffneten und förderten Kriegsparteien, die sich stellvertretend für die Supermächte umbrachten. Die »Ökonomie der

2. Margarta Sollenberg und Peter Wallensteen, *Patterns of Major Armed Conflicts, 1990–2000*, SIPRI Yearbook 2001

3. Dan Smith, *Trends and Causes of Armed Conflicts*, Berghof Handbook for Conflict Transformation, Berlin 2001. Der Unterschied zwischen Smith und SIPRI ergibt sich aus der unterschiedlichen Bewertung, welche Konflikte als »größere« einzustufen sind. Außerdem bezieht Smith Konflikte ein, an denen keine offiziell anerkannte Regierung beteiligt ist.

Bürgerkriege« war weitgehend Teilaspekt der globalen Ökonomie der Systemkonfrontation. Das schloss nicht aus, dass die geförderten Bewegungen und Regimes ihre eigene Agenda hatten und die Rivalität der Supermächte ebenso ausnutzten, wie sie sich im weltpolitischen Spiel ausnutzen ließen. Zum Teil verfolgten bewaffnete Bewegungen genuin sozialrevolutionäre Ziele, was ihre Einordnung in die globale Konfrontation allerdings nicht verhinderte. Heute ist die Einstufung der lokalen Bürgerkriege als »proxy wars« meist nicht mehr möglich, auch wenn in gewissen Weltregionen offensichtlich nach wie vor ein »Great Game« zu spielen versucht wird. Und auch ihr einstiges sozialrevolutionäres Potenzial hat sich in vielen Fällen verflüchtigt. Damit entziehen sich die heutigen »low-intensity«-Konflikte sowohl einem rational nachvollziehbaren globalstrategischen Kalkül als auch einer politisch-sozialen Interpretation. Statt dessen scheinen irrationale ethnische und religiöse Antagonismen zu dominieren, atavistischer Hass hat, wie es scheint, die Ideologien und nachvollziehbaren geopolitischen Interessen verdrängt. Für viele Beobachter »ist die politische Gewalt zu einem blindwütigen, irrationalen und unerklärbaren Phänomen geworden und stellt eine diffuse, vielgestaltige, aber letztlich doch eindeutige Bedrohung dar.«⁴ Autoren wie Robert D. Kaplan, Mary Kaldor oder Martin van Creveld⁵ sehen in der gewaltsamen Gesetzlosigkeit in der Dritten Welt einen düsteren globalen Trend, der auch die Industrieländer nicht unberührt lassen wird.⁶

Der Dämonisierung der »low intensity conflicts«, ihrer Verbannung in den Bereich des Irrationalen, ist entgegenzuhalten, dass auch oder gerade Bürgerkriegsparteien Interessen haben, dass es unter bestimmten Bedingungen individuell oder kollektiv rational sein kann, quasi-militärische Gewalt anzuwenden. Vor allem ist die Gegenüberstellung der »sinnlosen« Gewalt der Bürgerkriege und der nach Kosten und Nutzen kalkulierten Gewalt des geregelten zwischenstaatlichen Krieges fragwürdig. Gerade die im scheinbar rational kalkulierten »nationalen Interesse« geführten zwischenstaatlichen Kriege à la Clausewitz haben sich bei der

4. Francois Jean und Jean-Christophe Rufin, *Ökonomie der Bürgerkriege*, Hamburg 1999, S. 8

5. Robert D. Kaplan, »The Coming Anarchy«, in: *The Atlantic Monthly*, Februar 1994; Mary Kaldor, *Alte und neue Kriege*, Frankfurt 2000; Martin van Creveld, *Die Zukunft des Krieges*, München 1998

6. So scheint die Gewalt krimineller Jugendgangs in den Vorstädten der westlichen Großstädte und die junger Kämpfer in afrikanischen Bürgerkriegsarmeen vergleichbaren soziologischen und sozialpsychologischen Mustern zu folgen.

Durchsetzung nationaler Interessen als extrem irrational erwiesen. Im Bürgerkrieg dagegen geht es eher als im zwischenstaatlichen Krieg um handfeste materielle Interessen, um die Verteilung wirtschaftlicher Ressourcen und Chancen, in welcher ethnischen, religiösen oder ideologischen Verkleidung die Konfliktparteien auch immer auftreten.

Gilt der geregelte zwischenstaatliche Krieg seit Clausewitz als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, so wurde der »low-intensity«-Konflikt als Fortsetzung der Ökonomie mit anderen Mitteln bezeichnet.⁷ Der traditionelle begriffliche Gegensatz zwischen Krieg und Frieden – zwischen dem konzentrierten Einsatz organisierter Gewalt und friedlicher Wirtschaftstätigkeit – ist in den »low intensity conflicts« verwischt. Selbst der Begriff »Bürgerkrieg« ist eine ungenaue, staatszentrierte Bezeichnung, wird mit Bürgerkrieg doch meist die zielgerichtete militärische Auseinandersetzung um die Staatsmacht assoziiert. Die heutigen Konflikte sind aber weder notwendig politisch zielgerichtet – oft vermeiden die Konfliktparteien jede endgültige Entscheidung –, noch geht es in jedem Fall um die Eroberung der staatlichen Macht. Mark Duffield hat daher zur Kennzeichnung der »low intensity conflicts« den Begriff des post-nationalstaatlichen Konflikts vorgeschlagen.⁸ Dieser Konflikt ist keine kurzfristige Unterbrechung eines Normalzustandes, der durch einen anderen Normalzustand ersetzt wird, er ist langdauernd und beeinflusst damit notwendig die Ökonomie, die alltäglichen Entscheidungen über den Einsatz knapper Ressourcen, während umgekehrt seine Ökonomisierung erst seine lange Dauer möglich macht.

Auch traditionelle zwischenstaatliche Kriege haben ihre Ökonomie: Im Kriegszustand wird über den Einsatz der verfügbaren Ressourcen nach anderen Kriterien entschieden als im Frieden. Die traditionellen Kriegsökonomien der Industrieländer waren in erster Linie durch die Anpassung der Wirtschaft an den »Ausnahmestand« gekennzeichnet. Sie unterscheiden sich von den Ökonomien der »low-intensity«-Konflikte in der heutigen Dritten Welt in mehrerlei Hinsicht:

► Der wichtigste Unterschied betrifft die erwähnte strikte Trennung zwischen Krieg und Nicht-Krieg. In langdauernden post-nationalstaat-

7. David Keen, *The Economic Functions of Violence in Civil Wars*, Adelphi Paper 320, Oxford 1998

8. Mark Duffield, »Globalization, Transborder Trade, and War Economies«, in: Mats Berdal und David M. Malone, *Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars*, Oxford 2000, S. 74

lichen Konflikten werden Krieg und Frieden zu relativen Begriffen.⁹ Bürgerkriege werden nicht erklärt und beendet, vielmehr wechseln Phasen intensiver und weniger intensiver Kampfhandlungen einander ab, ohne dass ein Sieger oder Verlierer ausgemacht werden könnte. Entscheidende Schlachten werden kaum geschlagen, stattdessen diffundiert die Gewalt in alle gesellschaftlichen Bereiche.

► Eine traditionelle Kriegsökonomie zeichnet sich durch die Zentralisierung der wirtschaftlichen Entscheidungen aus. Was im Frieden dem Markt überlassen blieb, wird dem Kriegsziel untergeordnet. Die Produktion kriegswichtiger Güter wird planwirtschaftlich organisiert. In Konflikten geringer Intensität ist dagegen oft eine Dezentralisierung der Wirtschaftsaktivitäten zu beobachten. Machthaber und Rebellen organisieren unterschiedliche und voneinander getrennte (aber mit anderen Ländern bzw. der globalen Wirtschaft vernetzte) Wirtschaftsräume, die Wirtschaft informalisiert sich.

► Der Einfluss des traditionellen Krieges auf eine entwickelte Wirtschaft wirkt vor allem als Zweckentfremdung oder Überforderung eines gegebenen wirtschaftlichen Potenzials. Dieses Potenzial muss innerhalb des Territoriums realisiert werden, das militärisch kontrolliert wird. Traditionelle Kriegsökonomien tendieren daher zur Autarkie. Die unterentwickelten Ökonomien der »low intensity conflicts« basieren dagegen entweder direkt auf Unterstützung aus dem Ausland und /oder sie müssen die Effizienz der Ressourcennutzung (im Interesse der Kriegsführung, nicht der Volkswirtschaft) radikal steigern. Dies erfolgt zum Teil auf dem Wege einer forcierten Globalisierung der lokalen Wirtschaft.

► Zwischenstaatliche Kriege stellen das staatliche Gewaltmonopol im Innern der kriegführenden Staaten nicht in Frage. Im nationalsozialistischen Deutschland blieb auch im Bombenhagel der Alliierten das Verhältnis des Bürgers zum Polizisten intakt. Im Bürgerkrieg dagegen ist das staatliche Gewaltmonopol außer Kraft gesetzt. Bürgerkriegsökonomien sind Ökonomien ohne staatliches Gewaltmonopol; Märkte in Bürgerkriegsökonomien sind ungeschützte Märkte, die die Akteure vor andere Optionen stellen als staatlich geschützte Märkte. Dies bedeutet nicht, dass das »normale Leben« einfach zusammenbräche: Die Ökonomie verschwindet nicht, sondern verändert sich.

9. Duffield, a.a.O., S. 73

Die Finanzierung bewaffneter Aufstandsbewegungen und Gewaltmärkte

In kapitalistischen Wirtschaften, die dem Imperativ des optimalen Einsatzes der verfügbaren Ressourcen unterliegen, ist kriegerische Gewalt, wie Josef Schumpeter bemerkte, ein »Atavismus«, der auf nicht mehr zeitgemäße emotionale Dispositionen und soziale Konstellationen früherer Epochen zurückgeht.¹⁰ Schumpeter steht damit in der aufgeklärt-liberalen Tradition Kants, der schon im 18. Jahrhundert den Widerspruch zwischen Krieg und »Handelsgeist« wahrnahm und im Profitmotiv eine List der Natur sah, den Krieg über kurz oder lang zu verdrängen.¹¹ Die für den Handelsgeist zuständigen Wirtschaftswissenschaften haben sich mit dem Krieg daher nur am Rande befasst. Insbesondere Bürgerkriege in Entwicklungsländern wurden erst seit den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts zum Gegenstand einer systematischen ökonomischen Analyse. Sofern sich Ökonomen überhaupt mit dem Phänomen des Krieges befassten, konzentrierten sie sich auf den Ost-West-Konflikt und die in ihm angelegte Rüstungsdynamik (ein frühes Ergebnis der wirtschaftlichen Analyse des Kalten Krieges war die Einführung der Spieltheorie in die Wirtschafts- und politischen Wissenschaften, die rationales wirtschaftliches wie strategisches Verhalten in Konfliktsituationen prognostiziert). Sie befassten sich mit den Auswirkungen der Rüstungsausgaben auf die makroökonomische Stabilität, auf die sektorale Struktur der Volkswirtschaften, auf Investitionen, Produktivität, Wachstum und technischen Fortschritt.¹² Die an den Entwicklungsländern interessierten Ökonomen dagegen konzentrierten sich auf wirtschaftliche Entwicklungsstrategien – von der Modernisierungstheorie der sechziger bis hin zu den Strukturanpassungsprogrammen der achtziger Jahre. Gewaltsame Konflikte waren für sie lediglich eine von außen aufgezwungene Unterbrechung eines grundlegend friedlichen Prozesses.

-
10. Josef Schumpeter, *Sociology of Imperialism*, 1918. Vergl. auch Lothar Brock, *State Failure and Global Change: From Violent Modernization to War as a Way of Life*, Paper zur Failed State Conference, Purdue University, 1999
 11. Immanuel Kant, *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*, Werke Bd. II, S. 222
 12. S. Gilles Carbonnier, »Conflict, Postwar Rebuilding and the Economy: A Critical Review of the Literature«, März 1998, War-torn Societies Project (<http://www.unrisd.org/wsp>)

In der Tat konfrontiert eine Bürgerkriegssituation die ökonomische Analyse mit schwer zu lösenden Problemen:¹³

► Eine solide empirische Analyse scheitert schon daran, dass sie nur unter Schwierigkeiten auf verlässliche Daten zurückgreifen kann. Ein generelles Problem der Entwicklungsländerforschung – die aufgrund des hohen Informalisierungsgrades der Wirtschaft geringe Aussagekraft der offiziellen Statistik – stellt sich in Bürgerkriegssituationen verschärft.

► Grundlegende Annahmen rationalen ökonomischen Verhaltens müssen unter der Bedingung bewaffneter Konflikte modifiziert werden. Zumindest implizit setzt eine Analyse von Märkten rechtsförmige Sozialbeziehungen und einklagbare vertragliche Verpflichtungen voraus. Für den Ressourcentransfer, der vorliegt, wenn eine Person einer anderen den Schädel einschlägt und deren Eigentum raubt, gibt es in den klassischen oder neoliberalen Wirtschaftswissenschaften keine adäquaten Begriffe.¹⁴

► Bürgerkriegssituationen lassen sich nur schwer generalisieren; es gibt Unterschiede in den Konfliktursachen, den involvierten Interessen, der Rolle des Staates, den umkämpften Ressourcen, den Dispositionen der Bürgerkriegsparteien usw. Die Grenzen zwischen latentem und offenem Bürgerkrieg, hohem Gewaltniveau und generalisierter Unsicherheit sind selten klar zu ziehen.

Es ist daher kein Zufall, dass ein Teil der Pionierarbeit zur Untersuchung der »Ökonomie der Bürgerkriege« nicht von Ökonomen, sondern von Politikwissenschaftlern, Anthropologen, Historikern und Mitarbeitern internationaler Hilfsorganisationen geleistet wurde. Dies gilt insbesondere für den Sammelband »Ökonomie der Bürgerkriege« von Francois Jean und Jean Rufin. Ausgangspunkt ist die Kritik der »proxy-war«-These. Die Fortsetzung der bewaffneten Auseinandersetzungen nach dem Ende des Kalten Krieges verweist Jean und Rufin zufolge auf die Bedeutung der lokalen, von der Konfrontation der Supermächte unabhängigen Determinanten der Gewaltdynamik. Gleichwohl stellt der Fortfall der externen Unterstützung die bewaffneten Bewegungen vor neue Herausforderungen. Sie müssen nun »... eine Reihe materieller Probleme lösen, die sich ihnen zugleich als ökonomische Zwänge darstellen ... Waffenkäufe, Rekrutierung und Besoldung der Kämpfer, die Ausbildung von Kadern und die Unterhaltung von Verbindungsstellen im Ausland, die

13. ebd.

14. S. David Keen, »The Political Economy of War«, in: Frances Stewart und Valpy FitzGerald (Hg.), *War and Underdevelopment*, Oxford 2001, S. 40

Verwaltung von Territorien und die Eingliederung der Zivilbevölkerung sind ... unverzichtbare Aufgaben, die die Mobilisierung beträchtlicher Ressourcen voraussetzen«. ¹⁵

Die Autoren des Sammelbandes analysieren die Bürgerkriegsökonomien in einer Reihe von Länder- bzw. Konfliktstudien. Sie zeigen eine Vielzahl und Vielfalt wirtschaftlich rationaler Strategien zur Finanzierung und zur finanziellen Nutzung bewaffneter Konflikte auf – vom »Verkauf« von Artillerieunterstützung seitens der kroatischen Truppen an die formell verbündete bosnische Armee bis hin zur »Pipeline auf Rädern« zwischen dem irakischen und dem türkischen Kurdistan. Sie zeigen die Auswirkungen des Konflikts auf die Wirtschaftsstruktur – von der Vervielfachung der Häfen im libanesischen Bürgerkrieg (jede Miliz brauchte ihre eigene Frachtverbindung zum Ausland) bis zum ökologischen Raubbau der von den Roten Khmer protegierten Holz- und Edelsteinwirtschaft Kambodschas. Es bleibt jedoch bei einer Bestandsaufnahme, eine systematische ökonomische Analyse der »low intensity conflicts« wird nicht vorgenommen. Die Herausgeber betrachten die Konflikte als gegeben und in erster Linie politisch determiniert. Die Ökonomie wird von den Bürgerkriegsparteien als Instrument ihrer politischen und militärischen Kampagnen strategisch eingesetzt. »Die Konfliktprozesse bleiben politisch dominiert«, heißt es im Vorwort. ¹⁶ »Ökonomische Faktoren [können] unter bestimmten Bedingungen eine Schlüsselrolle spielen, aber meistens sind sie eher von untergeordneter Bedeutung.« Eine genaue Grenze zwischen den politischen Determinanten der Konflikte und der Eigendynamik ökonomischer Interessen ist freilich, wie auch die Fallstudien des Sammelbandes zeigen, nicht zu ziehen – ebenso wenig wie zwischen der Politik einer bewaffneten Bewegung und ihrer bloßen Selbsterhaltung. Die Roten Khmer etwa werden auf absehbare Zeit keine Chance haben, die nationale Politik Kambodschas zu bestimmen; ihnen bleibt das Warten auf günstigere Bedingungen und das Überleben mittels der wirtschaftlichen Ressourcen der von ihnen kontrollierten Regionen. Ist dies eine politische Strategie oder – bei fehlenden Exit-Optionen – nur wirtschaftliche Selbsterhaltung?

Dabei wird jedoch wird auf eine ganze Reihe von Problemen aufmerksam gemacht – die Kriminalisierung der Wirtschaft, internationale kriminelle Netzwerke, militärische Konkurrenz um Ressourcen und Verkehrs-

15. Jean und Rufin, *Ökonomie der Bürgerkriege*, a.a.O. S. 9

16. ebd. S. 8

wege, militärische Überlebensstrategien, Informalisierung der Wirtschaft usw. –, die von der ökonomischen Wissenschaft oft vernachlässigt werden. Ein zentraler Beitrag des Bandes liegt auch in der Aufdeckung der Zusammenhänge zwischen Bürgerkriegsökonomien und wirtschaftlicher Globalisierung, die Jean Rufin in seiner Einleitung vornimmt und die in vier länderübergreifenden Kapiteln zur Wirkung von Sanktionen, zum Drogenhandel, zur Diaspora und – dies vor allem – zur internationalen Hilfe thematisiert werden.

Aus sozialanthropologischer Sicht hat Georg Elwert eine Theorie der »Gewaltmärkte« entwickelt und damit ebenfalls einen Ansatz zum ökonomischen Verständnis von Bürgerkriegen zur Diskussion gestellt.¹⁷ In den Bürgerkriegen sind trennende Kultur und Religion, so Elwert, lediglich ein »Vorhang«, hinter dem »Akteure mit klaren wirtschaftlichen Interessen« zu erkennen sind. Die Kriegsherren sind ökonomisch rationale Akteure, die Gewalt »als effizientes Mittel marktwirtschaftlichen Erwerbstrebens« einsetzen. Gewaltmärkte – Elwert bezieht sich in diesem Zusammenhang nicht nur auf aktuelle Konflikte, sondern auch auf afrikanische Gesellschaften des 19. Jahrhunderts – entstehen, wenn »gewaltoffene Räume« – Räume, in denen kein Gewaltmonopol vorliegt – mit marktwirtschaftlichen Strukturen zusammentreffen. »Die marktökonomischen Interessen vergrößern die gewaltoffenen Räume, und in gewaltoffenen Räumen werden Marktinteressen in wachsendem Maßstab realisiert.«¹⁸ In gewaltoffenen Räumen bildet sich eine deregulierte und radikal freie Marktwirtschaft, in der die Akteure vom Handel bis zum Raub grundsätzlich mehrere Optionen wahrnehmen können. Gewaltmärkte neigen zur Selbststabilisierung, weil die profitablere Gewaltanwendung friedliche Aktivitäten der Produktion und des Austauschs verdrängt. Gewaltmärkte neigen vor allem dann zur Stabilität – das heißt die entsprechenden Gewaltökonomien können Jahrzehnte lang bestehen –, wenn es gelingt, »sekundäre Motivationen« jenseits des Bereicherungsmotivs zu mobilisieren und zu stabilisieren (religiöse Überzeugungen, Kriegerkulte). Ohne derartige Motivationen sind Gewaltmärkte ungeschützt zyklischen Schwankungen ausgesetzt und bleiben ephemere Erscheinungen.

17. Georg Elwert, »Gewaltmärkte. Beobachtung zur Zweckrationalität der Gewalt«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 37, 1997

18. ebd. S. 88

Zur Ursachendiskussion: »Greed versus Grievance«

Eine im engeren Sinne ökonomische Analyse von Bürgerkriegen und bürgerkriegsähnlicher Gewalt ist das Ziel einer von der Weltbank speziell eingerichteten, von Paul Collier geleiteten Studiengruppe. Bürgerkriege und Gewalt, so das Argument, waren bislang Objekt der politikwissenschaftlichen, soziologischen und anthropologischen Forschung; diesen Disziplinen mangelt es der strengen Methodik, die es erlaubt, über Einzelfälle hinaus verallgemeinerbare Aussagen zu machen. Mit der ihr eigenen Methode kann die Wirtschaftswissenschaft das Forschungsspektrum der anderen Humanwissenschaften wirkungsvoll vervollständigen.

Die Weltbank-Studiengruppe versucht aus den höchst unterschiedlichen Konfliktursachen und Konfliktverläufen generalisierbare Züge herauszuarbeiten. Die Grundlage der Generalisierung kann nur im rationalen Verhalten von Akteuren liegen, das auch unter unterschiedlichen Kontextbedingungen prognostizierbar ist. Vorbild ist die mikroökonomische Kosten-Nutzen-Rechnung. Die Rebellion – in der Form der Sezession oder der angestrebten Übernahme der nationalen Regierung – ist eine rationale Option, wenn der erwartete Nutzen größer ist als die Kosten – so Paul Collier und Anke Hoeffner.¹⁹ Der Nutzen hängt von der Fähigkeit der künftigen Rebellenregierung ab, ihre Anhänger zu entlohnen; diese wiederum basiert auf dem Umfang der besteuerten Ressourcen des bekämpften Staates. Da diese Ressourcen aber auch von der Regierung zur Bekämpfung der Rebellion eingesetzt werden können, steigt mit dem erwarteten Nutzen auch das Risiko des Scheiterns. Die Kosten der Rebellion ergeben sich aus den Einkommen und Gewinnen, die die Rebellen ohne Bürgerkrieg hätten erzielen können, sowie aus den Verlusten, die aus der Unterbrechung der normalen wirtschaftlichen Aktivitäten resultieren. Die Kosten steigen mit der Dauer des Konflikts. Da die Entscheidung für eine Rebellion eine Kollektiventscheidung ist, müssen Koordinationskosten (als eine Variante der Transaktionskosten) eingerechnet werden.

Wahrscheinlichkeit und Dauer des Konflikts sind die abhängigen Variablen, die durch vier Annäherungsvariablen erklärt werden: Das Prokopfeinkommen eines Landes (Indikator für die besteuerten Ressourcen und damit die Opportunitätskosten und erwarteten Rebellions-

19. Paul Collier und Anke Hoeffner, *On Economic Causes of Civil War*, World Bank 1998

gewinne, aber auch für die Risiken des Aufstands), die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen, gemessen als Anteil des Rohstoffexports am Sozialprodukt (in Entwicklungsländern ebenfalls Indikator für die besteuerebaren Ressourcen), die Bevölkerungsgröße und den Grad ethnisch-sprachlicher Fragmentierung (zwei Indikatoren für die Koordinationskosten der Rebellion). Die Auffüllung der Gleichung mit statistischen Daten führt freilich zu einem Ergebnis, das man möglicherweise auch mit weniger Aufwand hätte erzielen können:

- ▶ Wahrscheinlichkeit und durchschnittliche Dauer von Bürgerkriegen sinken bei steigendem Prokopfeinkommen. Bürgerkriege sind ein Phänomen vor allem armer Länder.
- ▶ Die Auswirkungen der Ausstattung mit natürlichen Ressourcen sind nicht eindeutig: Ein hoher Anteil des Rohstoffexports am BSP erhöht Wahrscheinlichkeit und Dauer von Bürgerkriegen, aber nur bis zu einem gewissen Grade.
- ▶ Je größer ein Land ist, desto größer ist das Risiko eines Bürgerkriegs, und desto länger dessen zu erwartende Dauer. Große Staaten laden also eher zur Sezession ein als kleinere.
- ▶ Der Grad sprachlich-ethnischer Fragmentierung ist wiederum nicht eindeutig. Bürgerkriege in hoch fragmentierten Gesellschaften sind ebenso wenig wahrscheinlich wie in ethnisch homogenen Gesellschaften. Das Bürgerkriegsrisiko ist in den in zwei Bevölkerungsgruppen polarisierten Gesellschaften am höchsten – wiederum ein Resultat, das sich auch hätte erahnen lassen.

Die Analyse des Verhaltens potenzieller Rebellen nach dem Muster eines mikroökonomischen Kosten-Nutzen-Kalküls hat weitreichende Implikationen, da die politischen, historischen und sozialen Dimensionen bewaffneter Konflikte auf einen Datenkranz reduziert werden, der in die Kosten-Nutzen-Analyse der prospektiven Rebellen eingeht. Das Motiv, einen Bürgerkrieg zu führen, wird in erster Linie ökonomisch definiert – Ziel der Rebellion ist die materielle Nutzenmaximierung der Rebellen. Diese These explizieren Collier und Hoeffner in einer zweiten Untersuchung mit dem Titel »Greed and Grievance in Civil War«. Collier und Hoeffner zufolge suchen Politikwissenschaftler die Ursachen von Bürgerkriegen in »Misständen« (grievances). Demgegenüber sehen Ökonomen im bewaffneten Konflikt eine »Industrie«, die Gewinne abwirft. Diese Industrie entsteht, wenn die Akteure eine entsprechende »Gelegenheit« wahrnehmen. Das Motiv der Nutzenmaximierung vorausgesetzt, bedarf es keiner weiteren politischen Motive, um eine Rebellion zu star-

ten: Sollte die Gelegenheit der Bereicherung durch eine Rebellion gegeben sein, wird diese auch ergriffen.

Die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkrieges ist wieder die abhängige Variable. Die erklärenden Variablen werden um die beiden Argumente – »opportunity versus grievance« – geordnet. Annäherungsvariablen für »opportunity« sind

- ▶ die Ressourcen zur Finanzierung der Rebellion, die von a) (wieder) der Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen, b) den Finanzen einer Diaspora, und c) der Unterstützung einer ausländischen Regierung abhängen;
- ▶ die Kosten der Rebellion, gemessen an den aufgrund der Rebellion verloren gegangenen Einkommen (abhängig vom Prokopfeinkommen, der Einschulungsquote männlicher Jugendlicher und der wirtschaftlichen Wachstumsrate) sowie an den Kosten des konfliktspezifischen Kapitals (Waffen);
- ▶ die militärischen Kapazitäten der Regierung, die vom Terrain und der Siedlungsdichte des umkämpften Territoriums abhängen;
- ▶ die potenzielle soziale Kohäsion der Rebellenbewegung, die wie oben am Grad ethnisch-sprachlicher Fragmentierung gemessen wird.

Die gewählten Annäherungsvariablen für »grievance« sind:

- ▶ ethnische und religiöse Polarisierung (als Spezialform der Fragmentierung);
- ▶ politische Repression;
- ▶ die Exklusion einer (ethnischen) Minorität;
- ▶ wirtschaftliche Ungleichheit (gemessen am Gini-Index für Einkommen und Vermögen sowie an der Verteilung des Grundbesitzes).

Der empirischen Analyse Colliers und Hoeffners zufolge ist die Erklärungskraft der Annäherungsvariablen für »Gelegenheit« deutlich höher als die der Variablen für »Missstände«. Die Beziehungen zwischen Ungleichheit, politischer Repression sowie ethnisch-religiöser Fragmentierung und der Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkrieges sind insignifikant; einzig der Variable »Polarisierung« kommt eine gewisse Erklärungskraft zu. Dem gegenüber sind die Beziehungen zwischen den »opportunity«-Variablen und dem Bürgerkriegsrisiko sehr eng. Die finanziellen Ressourcen (vor allem Rohstoffexporte und die Finanzen der Diaspora), die Kosten der Rebellion und die militärischen Vorteile (Bevölkerungsverteilung, Gelände) sind in der Lage, das Bürgerkriegsrisiko zu einem hohen Anteil zu erklären. »We find that a model that focuses on the opportunities for rebellion performs well, whereas objective indicators of grievance add little explanatory power.« (S. 16).

An anderer Stelle erläutert Collier,²⁰ warum es unter ökonomischen Gesichtspunkten unwahrscheinlich ist, dass Missstände eine bewaffnete Rebellion auslösen. Eine derartige Rebellion ist mit drei kaum zu lösenden kollektiven Handlungsproblemen konfrontiert:

► Einem Trittbrettfahrerproblem: Die Überwindung eines Missstandes bzw. der Sturz der für diesen verantwortlichen Regierung ist nicht von der individuellen Entscheidung eines potenziellen Rebellen abhängig. Da das erzielte Gut – Fortfall des Missstandes – nicht-exklusiv, das heißt nicht nur von den Rebellen, genossen werden kann, ist es individuell rational, andere die Risiken des Bürgerkriegs tragen zu lassen.

► Einem Koordinationsproblem: Nur eine starke Bürgerkriegsarmee hat die Chance, die Regierung zu stürzen. Starke Armeen aber fangen klein an und sind in der Anfangsphase besonders hohen Risiken ausgesetzt. Während sich viele Individuen möglicherweise starken Kräften anschließen würden, sind nur wenige bereit, die Anfangsrisiken zu tragen.

► Einem Zeitkonsistenzproblem: Der potenzielle Rekrut einer Bürgerkriegsarmee kann nicht sicher sein, ob der beklagte Missstand nach einem Sieg der Rebellen wirklich beseitigt wird, oder ob die Rebellenführer die Beseitigung des Missstandes lediglich versprechen.

Für einen Rebellenführer ist es unter diesen Umständen sicherer, sich auf die »Gier« potenzieller Anhänger zu stützen als auf deren Unzufriedenheit. Das Trittbrettfahrerproblem entfällt, weil die Gewinne aus der Gewaltanwendung exklusiv von denen angeeignet werden, die sich an der Rebellion beteiligen. Die Bürgerkriegsarmee muss nicht groß sein, da es ihr gar nicht um den Sturz der nationalen Regierung geht. Und die Rebellen müssen sich nicht auf Versprechungen ihrer Führer verlassen, sondern können ihre Gewinne »zeitnah« im Verlauf des Konflikts selbst aneignen.

Redistribution, Renten, öffentliche Güter

Eine gewisse Plausibilität dieser Ergebnisse liegt darin, dass die Zahl rein ökonomisch motivierter Bürgerkriege, in der die Rebellen ausschließlich vom Interesse an Bereicherung getrieben werden, zunimmt. Beispiele sind die Kriege in Somalia, Sierra Leone, Angola, Liberia, dem Sudan,

20. Paul Collier, »Doing Well out of War: An Economic Perspective«, in: Berdal/Malone, a.a.O., 98 f

Afghanistan und Kolumbien. Die UNITA Jonathan Savimbis in Angola scheint das Paradebeispiel für eine Aufstandsarmee zu sein, die mit wechselnden ideologischen Vorzeichen Rebellion als Geschäft betrieben hat.

Hier sind aber zwei Differenzierungen anzubringen.

Erstens variiert das ökonomische Motiv, je nachdem, auf welche Akteurstypen es angewandt wird.²¹

► Das »opportunity«-Argument bezieht sich auf die idealtypische Figur des »Rebellen-Unternehmers«, der Kosten und Nutzen des Aufstandes kalkuliert, als handle es sich um eine normale Investition. Es bezieht sich damit auf die Führer der Aufstände, diejenigen also, die über investierbare Mittel verfügen und diese für unterschiedliche Verwendungen einsetzen können.

► Auf die einfachen Arbeitskräfte des Aufstandes, die Kämpfer, angewandt, enthält das »opportunity«-Argument immer eine gewisse Plausibilität: Für schlecht ausgebildete junge Männer in armen Ländern liegen die Opportunitätskosten der Rebellion in der Tendenz bei Null, unabhängig von den Erfolgchancen der Rebellion oder dem Umfang der erzielbaren Beute. Die Balance zwischen dem Nutzen und dem Risiko (Verletzung oder Tod) wird oft zugunsten des Nutzens ausfallen.

► Drittens wäre an eine Art rebellischen Klein- oder Subunternehmertums zu denken, mittlere Führer mit begrenzter Anhängerschaft und begrenzten Mitteln, die diese alternativ für den Erwerb von – zum Beispiel – Saatgut oder von Waffen einsetzen und sich entweder dem Markt oder einer der Bürgerkriegsparteien eingliedern oder auf eigene Initiative die generelle Unsicherheit für gewaltsame Bereicherung nutzen könnten.

Zweitens lässt sich die Grenze zwischen der Akkumulation wirtschaftlicher Ressourcen mit dem Zweck der Finanzierung eines Bürgerkriegs und der Akkumulation als Selbstzweck nicht immer klar ziehen. Die Präsenz des mikroökonomischen Kalküls in Bürgerkriegssituationen bedeutet nicht notwendig, dass dieser Kalkül auch die Ursache des Konflikts war: Die ursprünglich politischen Motive der Rebellen können im Zuge der Auseinandersetzungen zum ökonomischen Selbsterhaltungsinteresse »degenerieren«, weil sich das politische Ziel nicht erreichen lässt und Exit-Optionen ausgeschlossen sind.

21. David Keen unterscheidet zwischen der top-down-Gewalt militärischer Führer und der bottom-up-Gewalt der einfachen Kämpfer. S. David Keen, *The Economic Functions of Violence in Civil Wars*, a.a.O.

Das grundsätzlichere Argument gegen die von den Weltbank-Autoren vorgelegten ökonomischen Analyse von Konfliktursachen liegt darin, dass diese sowohl zu kurz als auch zu weit greift. Sie greift zu kurz, weil sich die ökonomische Dimension von Bürgerkriegen nicht auf den individuellen Bereicherungskalkül reduzieren lässt. In Bürgerkriegen geht es – man kann fast sagen: definitionsgemäß – um Redistributionsprozesse. Derartige Redistributionsprozesse müssen sich zwar nicht ausschließlich auf materielle Güter beziehen, es kann auch um die Verteilung politischer Macht oder symbolischer Güter gehen, materielle Umverteilung wird jedoch in den meisten Fällen eine zentrale Rolle spielen. Die Analyse von Collier/Hoeffner bezieht sich allerdings auf einen Spezialfall der Redistribution: Die gewaltsame (oder mit Gewalt drohende) Umverteilung zugunsten des rebellierenden Individuums (bzw. der Bande), auf wessen Kosten auch immer: der ausgeplünderten Bevölkerung, ethnisch definierter Feinde, internationaler Unternehmen, der Regierung usw. Es gibt jedoch anders gerichtete Redistributionsprozesse:

► Zunächst wäre zu unterscheiden zwischen der direkten Aneignung von »Beute-Renten«, die anderen abgepresst werden, und der angestrebten Aneignung von Renten über den Staat. Auch wenn eine Regierung gestürzt werden soll, um einen »Misstand« zu beseitigen, kann dieser Misstand auch eine »falsche« Verteilung von Renten (zugunsten einer ethnischen Gruppe, einer Clique o.ä.) sein, die korrigiert werden soll.

► Zweitens wären unterschiedliche Richtungen der angestrebten Umverteilung zu berücksichtigen: Sozialrevolutionäre Aufstandsbewegungen wollen explizit den Reichtum der privilegierten Gruppen den weniger Privilegierten zugute kommen lassen. Ethnische Aufstandsbewegungen suchen den Reichtum der »feindlichen«, herrschenden oder besonders wohlhabenden Ethnie der eigenen Gruppierung zugute kommen zu lassen; dasselbe gälte für Regionen und subethnische Einheiten (Clans, Stämme). In der Argumentation Colliers wären derartige nicht-private Ziele nur ein »narrative«, das die wirklichen Beweggründe der Rebellen verbirgt. Damit verschwinden jedoch Aufstandsbewegungen aus dem Blickfeld, die nicht nur ihren Rekruten, sondern auch ihrer Führung extreme Armut zumuten (Sendero Luminoso, die Roten Khmer, RENAMO). Hier wäre auf die Bedeutung der »sekundären Motive« im Sinne Elwerts zu verweisen. Natürlich können die Führungsgruppen von Aufstandsbewegungen eine »hidden agenda« jenseits ihrer nach außen vortragenen ideologischen oder religiösen Überzeugungen verfolgen; diese muss sich aber nicht notwendig auf materiellen Reichtum richten.

Das »opportunity«-Argument greift damit auch zu weit: Wenn dessen Protagonisten behaupten, eine generell gültige Erklärung für bewaffnete innerstaatliche Konflikte gefunden zu haben, vernachlässigt dies die mehrschichtigen Dimensionen vieler dieser Konflikte. Die meisten Autoren des Sammelbandes »Greed and Grievance«, der die von Collier u.a. ausgelöste Diskussion aufgreift, schlagen daher auch eine differenziertere Beurteilung vor. David Keen zufolge muss die Interaktion von »greed and grievance« im Zentrum der Fragestellung stehen. Keen erläutert dies an (unter anderem ethnischen) Gruppen, denen unter bestimmten Bedingungen der gesetzliche Schutz entzogen wird und die zur extremen Ausbeutung, Versklavung oder Vertreibung »freigegeben« sind. Die Gier der Herrschenden schafft Missstände und löst Rebellionen aus, die wiederum neue Gier legitimieren.²²

Eine Reduktion von Politik auf die private Bereicherung übersähe zudem, dass auch die Produktion oder Verteilung öffentlicher Güter Gegenstand bewaffneter Auseinandersetzungen sein kann. Keen erwähnt implizit den Sonderfall eines öffentlichen Gutes – Sicherheit –, das bestimmten Bevölkerungsgruppen entzogen wird. Es gibt keinen überzeugenden Grund, die Produktion und Verteilung öffentlicher Güter aus der ökonomischen Analyse der »low-intensity«-Konflikte herauszunehmen. Bewaffnete Aufstandsbewegungen können politische Ziele verfolgen, das heißt jenseits privater Bereicherungskalküle (wenn auch nicht notwendig frei von ihnen) Veränderungen in der Produktion und/oder Verteilung öffentlicher Güter anstreben. Dies ist etwa der Fall,

- ▶ wenn die öffentliche Sphäre des angegriffenen Staatswesens nach dem Muster privater Umverteilung zugunsten einer herrschenden Clique organisiert ist;
- ▶ wenn der attackierte Staat grundlegende öffentliche Güter (wie Sicherheit) nicht oder nicht ausreichend bereitzustellen in der Lage ist;
- ▶ wenn relevante Gruppen von der Verteilung öffentlicher Güter willkürlich und systematisch ausgeschlossen sind.

Die ökonomische Analyse von Kriegsursachen nach dem Muster eines mikroökonomischen Kosten-Nutzen-Kalküls kann dazu beitragen, die Logik einiger der zur Zeit geführten Bürgerkriege einschließlich ihrer Ursachen nachzuvollziehen. Sie enthält wichtige Hinweise auf die Logik »degenerierter« Bürgerkriege, in denen keine der Konfliktparteien eine

22. David Keen, »Incentives and Disincentives for Violence«, in: Berdal/Malone, a.a.O., S. 31 ff

Lösung finden kann oder will; sie zeigt, dass Bürgerkriegsparteien ökonomische Interessen am Krieg, an der Fortsetzung bewaffneter Auseinandersetzung haben können. Sie bietet aber nicht das Instrumentarium, das es erlaubte, generelle Aussagen über die ökonomische Dimension von Bürgerkriegen abzugeben. Darüber hinaus enthält die generalisierende Reduktion des Rebellionsmotivs auf »Gier« die Gefahr einer systematischen Delegitimierung sozialer Auseinandersetzungen, die in einem Umfeld mit hohem Gewaltniveau geführt werden. Ist das Motiv der Landlosen-Bewegung in Brasilien, die den defensiven oder offensiven Einsatz von Gewalt unter den gegebenen Bedingungen nicht ausschließen kann, bloße Gier?

Ökonomie der »Schattenstaaten« und Ökonomie der Bürgerkriege

Bürgerkriegsparteien und -ökonomien können anhand der von ihnen bekämpften Staaten unterschieden werden. Hierbei bietet sich eine sehr einfache Differenzierung an: Zwischen im weitesten Sinne »funktionierenden Staaten« und den »failed states« (collapsed states, shadow states). Schon der in letzter Zeit immer häufiger zur Charakterisierung einer Reihe von Drittweltstaaten herangezogene Begriff des »failed state« bzw. verwandte Titulierungen enthalten ein normatives Element, da sie voraussetzen, was einen »funktionierenden« Staat ausmacht: Die Aufrechterhaltung von »Gesetz und Ordnung« innerhalb des von ihm beherrschten Territoriums. Im Begriff des »failed state« offenbart sich das normative Hobbessche Verständnis vom Staat als Garant gegen den Bürgerkrieg aller gegen alle, die Grundlage des mit dem Westfälischen Frieden akzeptierten neuzeitlichen Staatsmodells.

Im Zuge des Dekolonialisierungsprozesses der Dritten Welt wurde dieses Staatsmodell Territorien auferlegt, in denen die Bedingungen moderner Staatlichkeit nicht gegeben waren. Dies betrifft

- ▶ Die Inkongruenz zwischen Territorium und Staatsvolk; sowie
- ▶ die gesellschaftlichen Voraussetzungen moderner staatlicher Macht: Die Ablösung patrimonialer durch anonym-gesellschaftliche Sozialbeziehungen.

Trotz von Trotha zeigt am Beispiel Afrikas, dass die ehemaligen Kolonialstaaten wie ihre postkolonialen Nachfolger Souveränität immer nur in prekärer und unvollständiger Form ausübten²³. Der Herrschaftsbe-

reich des Staates reduzierte sich in der Regel auf die Hauptstadt, einige wirtschaftliche Schlüsselzonen und die wichtigsten Verkehrswege. Im Zugang zur lokalen Ebene blieb der Staat angewiesen auf »Vermittler« (Clanchefs usw.), die »parasouveräne« Funktionen innehatten. Die territorial nur unvollständig durchgesetzte Souveränität des Zentralstaats ließ weite Freiräume für – im westlichen Verständnis – kriminelle Aktivitäten. »Die Gewalt der Banditen, Räuber, Schmuggler macht auf buchstäblich »brutale« Weise sichtbar, dass die Zentralmacht nicht Territorialmacht ist.«²⁴

Von Trotha unterscheidet die »exotische« moderne Lösung der politischen Organisation – die Herrschaft des »Allgemeinen« in der öffentlichen Sphäre – vom weltgeschichtlichen Normalfall eines in der Form konzentrischer Kreise geordneten Systems, in dem persönliche, verwandtschaftliche und tribale Beziehungen den politischen Raum strukturieren. Grundfiguren der Herrschaftsausübung in diesen konzentrischen Systemen sind nicht der mit Rechten ausgestatte Bürger und der neutrale Amtsinhaber, der staatliche Güter und Leistungen ohne Ansehen der Person verteilt, sondern der Bittsteller und der Patron, wobei der Bittsteller aufgrund seiner »Nähe« zum Patron besondere Zuwendungen – und der »ferne« Bürger ohne Verbindungen zum Patron gar nichts erwarten kann. In derartigen konzentrischen Gesellschaften ist die Staatsmacht per definitionem »Beute«, die der privaten Bereicherung des »Patron« und seiner Verwandtschaft, seiner Gefolgsleute und seiner Stammesgenossen dient. Wer nicht zu den Nächsten gehört, ist Objekt von Ausbeutung und Unterdrückung. »Beute«-Politik ist feindselige Politik.« Politische Auseinandersetzungen sind »basale Zugehörigkeitskonflikte« um Mitgliedschaft und Teilhabe, sie sind, da es im Grunde um alles geht, extrem gewaltträchtig.

William Reno bietet mit dem Konzept des »Schattenstaates« eine ökonomische Aktualisierung dieser eher anthropologisch orientierten Darlegung.²⁵ Die regierenden Eliten unterentwickelter Länder, so Reno, stehen grundsätzlich vor der Alternative zweier unterschiedlicher Berei-

23. Trutz von Trotha, »Die Zukunft liegt in Afrika. Vom Zerfall des Staates, von der Vorherrschaft der konzentrischen Ordnung und vom Aufstieg der Parastaatlichkeit«, in: *Maecenata Aktuell* 2001

24. ebd. S. 9

25. William Reno, »Shadow States and the Political Economy of Civil Wars«, in: Bernal/Malone, a.a.O., S. 43 ff

cherungsstrategien: Sie können über den Staat öffentliche Güter bereitstellen, die es den Bürgern des Landes ermöglichen, produktiven Aktivitäten nachzugehen. Ein Teil der auf diese Weise entstehenden Einkommen kann als Rente von der regierenden Elite abgeschöpft werden. Die Alternative zu dieser langfristigen Strategie ist die private Veräußerung öffentlicher Güter. Wenn etwa Sicherheit nicht mehr von allen genossen werden kann, wird ein Anreiz geschaffen, privat bei der Elite um die Gewährleistung dieses Gutes, für das dann ein Preis erhoben wird, nachzusuchen. Aus der Sicht der regierenden Elite eines Schattenstaats sind alle, die ein öffentliches Gut wie Sicherheit genießen, Trittbrettfahrer, die es zur Entrichtung eines Preises zu zwingen gilt. Die Gewährung öffentlicher Güter für ein Segment der Bevölkerung bedeutet automatisch Kosten für die Nicht-Begünstigten. Im Extremfall kann nicht nur auf die Bereitstellung öffentlicher Güter verzichtet werden, der Bevölkerung können auch zusätzliche Belastungen aufgebürdet werden. In diesem Fall wird die Verteilung von Ausnahmeregelungen zu einer weiteren Quelle der Bereicherung und/oder der Sicherung politischer Loyalität. Dabei werden öffentliche Güter bzw. die Befreiung von willkürlich erzeugten Beeinträchtigungen nicht dauerhaft verteilt, es muss vielmehr immer wieder Unsicherheit hergestellt werden, so dass die Klienten gezwungen sind, die Protektion durch die Elite nicht als gegeben hinzunehmen, sondern sich kontinuierlich um sie zu bemühen. Die Fraktionierung der Bevölkerung – etwa entlang ethnischer Linien – ist vor diesem Hintergrund nicht einfach vorgegeben, sondern ein bewusst verfolgtes Ziel: Sie ermöglicht den Verkauf von Parteinahme, »Schlichtung« und Schutz an wechselnde Nachfrager.

Die Tatsache, dass die Eliten unterentwickelter Länder oft kurzfristige Bereicherungsstrategien der unsicheren und langfristigen Entwicklungsförderung vorgezogen haben, ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass es zunächst externe Rentenquellen gab, die den Rekurs auf »Entwicklung« überflüssig erscheinen ließen: Von internationalen Unternehmen gemanagte Rohstoff-Exportenklaven, die Unterstützung seitens der Supermächte oder die Entwicklungshilfe. In dem Maße, in dem diese externen Quellen nicht mehr oder nicht mehr ausreichend sprudelten, musste auf die internen Ressourcen zurückgegriffen werden, auch wenn sich dies im Sinne des produktiven Potenzials als schädlich erweisen sollte. Dabei entwickelte sich ein gewisses Wechselverhältnis einer kurzfristigen Bereicherungsstrategie und der hohen Unsicherheit der regierenden Eliten. Reno zitiert John Wiseman mit dem Hinweis, dass zwischen 1960

und 1992 60 Prozent aller afrikanischen Herrscher ihre Amtssitze in Richtung Gefängnis, Exil oder Friedhof verließen. Die patrimoniale Bereicherungsstrategie konnte weder Zustimmung, noch formelle Legitimität erzeugen, sondern musste Gegeneliten hervorbringen, die den Herrschenden die Verfügung über den Staat gewaltsam streitig machten. Um so mehr mussten die Herrschenden dafür sorgen, dass sie die ihnen zur Verfügung stehenden Machtinstrumente schnell nutzten.

Schattenstaaten, die durch das Fehlen öffentlicher Güter bzw. durch willkürlich erzeugte Beeinträchtigungen gekennzeichnet sind, motivieren prospektive Gewalt-Unternehmer, sich ihr eigenes Unternehmensumfeld, – auch im Hinblick auf Sicherheit – zu schaffen. Diese Gewalt-Unternehmer sind nicht in der Lage, den fehlenden Rahmen einer funktionierenden öffentlichen Ordnung kooperativ herzustellen. Auch wenn der Nutzen aller Räuber zusammen durch eine effektive öffentliche Ordnung gemehrt würde, wird sich kein Räuberhäuptling individuell der Option extralegalen Bereicherung begeben, wenn er nicht sicher sein kann, dass auch die anderen dies tun. Nur ein Vernichtungswettbewerb der Banden, der in ein »natürliches« Monopol mündet, oder das Eingreifen einer überwältigenden äußeren Macht können die Gewalt-Unternehmen davon abhalten, ihr je eigenes Sicherheitsumfeld gewaltsam zu schaffen und zu erweitern. Ohne diese besonderen Bedingungen tendiert der Gewalt-Wettbewerb Reno zufolge dazu, sich zu perpetuieren. Während mafiaähnliche Banden – Reno verweist auf das Beispiel Russlands – letztlich auf ein Minimum an öffentlicher Ordnung, die sie unterlaufen, angewiesen sind (das heißt als Trittbrettfahrer des staatlichen Gewaltmonopols handeln), basiert die Existenz der rivalisierenden Banden in Schattenstaaten auf dem Fehlen dieser Ordnung. »Low-intensity«-Konflikte in Schattenstaaten sind daher weder mit einem hohen Niveau an organisierter Kriminalität gleichzusetzen, noch sind sie im Unterschied zu vielen historischen Bürgerkriegen eine Vorstufe der Staatsbildung.

Veränderungen der Ökonomie durch bewaffnete Konflikte: Kosten und Nutzen

Ein langdauernder Bürgerkrieg führt zu einer Verlagerung der wirtschaftlichen Aktivitäten, zunächst in dem sehr simplen Sinne, dass eine gewisse Zahl von Arbeitskräften aus friedlichen in gewaltausübende oder gewaltnutzende Beschäftigungen übergeht. Diese Beschäftigungen kön-

nen dem Ziel der Eroberung der Staatsmacht untergeordnet sein, müssen es aber nicht. Die Beraubung und Plünderung von Zivilisten kann ein Mittel sein, um den Krieg zu führen, aber ebenso kann der Krieg das Mittel sein, um Raub und Plünderung zu decken. Kurzfristig – das heißt unabhängig vom vorgeblichen oder wirklichen Kriegsziel, der Kontrolle des Staates – kann der Einsatz von oder die Drohung mit Gewalt – wie David Keen darlegt – folgende Formen annehmen:

- ▶ Die Plünderung, die den Sold der Kämpfer ergänzt oder ersetzt.
- ▶ Die Erhebung von Schutzgeld.
- ▶ Die monopolistische Kontrolle des Handels. Bewaffnete Auseinandersetzungen führen oft zu drastischen Preisverschiebungen (vor allem bei Gütern des täglichen Bedarfs), aus deren Nutzung sich hohe Gewinne erzielen lassen.
- ▶ Die extreme Ausbeutung von Arbeitskräften.
- ▶ Die Aneignung von Boden, Wasser und natürlichen Ressourcen.
- ▶ Die Aneignung humanitärer Hilfsgüter.

Dabei wäre es verfehlt, diese Verlagerung als »Kriminalisierung« zu bezeichnen. Der Begriff des Kriminellen verliert seinen Sinn, wenn eine gesamtstaatliche Legalität nicht vorausgesetzt werden kann. Ob eine Aktivität illegal oder legal, kriminell oder nicht ist, hängt von der Position des Betrachters ab. Was für die eine Seite Erpressung oder schlichter Raub ist, ist für die andere legale »Besteuerung«. Der »Nutzen« des Krieges liegt nicht zuletzt darin, dass er anderweitig als kriminell geltendes Handeln nicht nur ermöglicht, sondern ihm auch eine gewisse Legitimität verschafft.

Ökonomisch werden normalerweise die Kosten der Bürgerkriege – sowohl die direkten Kosten in der Form zerstörten produktiven Potenzials als auch die langfristigen Folgen für die Volkswirtschaft – hervorgehoben. Es wird angenommen, dass nur eine sehr kleine Gruppe von »Kriegsgewinnlern« oder Rebellen-Unternehmern einen Nutzen verbuchen kann. Diese Sicht ist zum Verständnis der ökonomischen Logik von »low-intensity«-Konflikten aber zu differenzieren.²⁶ Natürlich bedeutet die These, dass ein Bürgerkrieg ökonomisch nützlich sein kann, nicht, dass die von ihm verursachten Kosten und vor allem das von ihm erzeugte Leid aufgewogen oder auch nur relativiert wären. Der Gewinn, den ein ethnischer Säuberer aus der Plünderung seines Nachbarn zieht, relativiert nicht das Leid des Vertriebenen.

26. S. David Keen, »The Political Economy of War«, a.a.O.

Die komplexe Verteilung von Kosten und Nutzen von Bürgerkriegen vor allem unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlicher Entwicklung ist Gegenstand der von Frances Stewart und Valpy FitzGerald herausgegebenen Sammelbände »War and Underdevelopment«. Auf der Grundlage der hier präsentierten Beiträge lassen sich Kosten und Nutzen in folgender Weise klassifizieren:

ZERSTÖRUNG VON WACHSTUMSPOTENZIAL. Die auf den ersten Blick sichtbare unmittelbare Auswirkung eines Bürgerkrieges auf die Volkswirtschaft ist die Zerstörung von Wachstumspotenzial. Das potenzielle Wachstum einer Volkswirtschaft hängt vom Wachstum der drei Faktoren Arbeitskraft, Kapital und Totaler Faktorproduktivität ab. Alle drei Faktoren werden vom Bürgerkrieg betroffen:

Arbeitskraft/Humankapital wird in mehrfacher Hinsicht vernichtet. Menschen werden getötet oder vertrieben. Ihre produktiven Fähigkeiten oder Kenntnisse sind nicht mehr nutzbar. Andere werden von den Bürgerkriegsarmeen rekrutiert, das heißt sie wechseln aus produktiven in unproduktive Aktivitäten. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, dass die Arbeitskraft in vielen Entwicklungsländern unter- oder gar nicht produktiv beschäftigt ist. Die Beteiligung am Bürgerkrieg wird vielen jungen Männern zum ersten Mal eine Art Einkommen verschaffen, sei es ein magerer Sold, sei es in der Form von Naturaleinkommen, die als direktes Ergebnis der Kampfhandlungen anfallen, sei es als bevorzugter Zugang zu knappen Ressourcen (rationierten Nahrungsmitteln) oder zu den Gewaltmärkten, die mit dem Bürgerkrieg entstehen. Viele zivile Arbeitskräfte werden aus produktiven in weniger produktive Sektoren abwandern, in erster Linie aus der Industrie in die Subsistenzwirtschaft. Aber andere können den umgekehrten Weg gehen, insbesondere Frauen, die die Funktionen der für den Krieg rekrutierten Männer übernehmen.

Physisches öffentliches und privates Kapital – Produktionsstätten, Infrastruktur, Wohnstätten, aber auch die für die Subsistenzwirtschaft verfügbaren Böden, Viehherden usw. – wird zerstört, sei es direkt durch Kampfhandlungen, sei es infolge der Unterbrechung von Verkehrswegen und Wertschöpfungsketten. Doch der Bürgerkrieg bietet auch neue Anlagemöglichkeiten, etwa bei der Versorgung der kämpfenden Einheiten oder der Nutzung kriegsbedingter Engpässe.

Die Auswirkungen auf die *totale Faktorproduktivität* sind am schwersten zu bestimmen. Die Effizienz in der Nutzung der verbliebenen Ressourcen könnte in vielen einzelnen Bereichen wachsen. Insbesondere die

Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten auf international hoch profitable (wenn auch nach internationalem Recht »kriminelle«) Branchen wird die Gesamtproduktivität der Volkswirtschaft steigern. Dem sind die Produktivitätsverluste in der Ressourcennutzung gegenüberzustellen, die eintreten, wenn Verkehrswege unterbrochen, Wertschöpfungsketten zerrissen und Märkte fragmentiert werden.

NACHFRAGEEFFEKTE. Die bewaffneten Auseinandersetzungen haben makroökonomische Folgen. In einer Bürgerkriegssituation ist zunächst zu erwarten, dass sich im privaten wie öffentlichen Konsum ein Nachfrageüberhang mit inflationären Folgen bildet. Die private Nachfrage nach Konsumgütern – insbesondere Nahrungsmitteln – wird sich aufgrund der Zerstörung von Angebotskapazitäten und der Unterbrechung der Verkehrsverbindungen nicht mehr decken lassen. Der Konsum der Regierung für militärische Zwecke steigt, ihre Einnahmen werden aber aufgrund der Schwierigkeiten beim Eintreiben von Steuern und anderen Abgaben sinken. Auf der anderen Seite geht die Nachfrage nach Investitionsgütern zurück, da sich die ausländischen wie die lokalen Investitionen aufgrund erhöhter Risiken, unterbrochener Kommunikations- und Verkehrswege und gestiegener Transaktionskosten rückläufig entwickeln. Auch die Regierung senkt den Anteil ihrer Investitionen an den Staatsausgaben. Der Bürgerkrieg zerstört also nicht nur produktives Potenzial, sondern beeinträchtigt auch dessen künftige Ausweitung.

Andererseits kann der Bürgerkrieg auch dazu beitragen, dass vorher un- oder unterausgelastete Kapazitäten (einschließlich der Arbeitskräfte) genutzt werden. Ein Beispiel für den makroökonomischen Nutzen des Krieges ist die amerikanische Wirtschaft im Zweiten Weltkrieg. Erst der Krieg beendete die Große Depression. Für die größte Zahl heutiger Bürgerkriegsökonomien ist es freilich wenig wahrscheinlich, dass derartige Effekte eintreten. Eher wird es zu externen und internen Engpässen mit der Folge von Preissteigerungen und Abwertungen kommen.

STRUKTUREFFEKTE. Der Bürgerkrieg verändert die sektorale Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen.²⁷ Aufgrund des zu erwartenden Rückgangs der privaten Investition oder der privaten Wirtschaftstätigkeit insgesamt kann das relative Gewicht des öffentlichen Sektors steigen. In-

27. Frances Stewart und Valpy FitzGerald, »Assessing the Economic Costs of War«, in: Stewart/FitzGerald, a.a.O., S. 8 ff

nerhalb des privaten Sektors werden transaktionsintensive zugunsten weniger transaktionsintensiver Aktivitäten zurückgehen. Je länger die Wertschöpfungsketten sind, desto anfälliger sind sie für kriegsbedingte Unterbrechungen. Aktivitäten, die eine Vielzahl von Kauf- und Verkaufsfakten einschließen, die eines hohen Kapitaleinsatzes bedürfen und/oder die transportintensiv sind, gehen anteilmäßig zurück. Formelle werden von informellen, marktorientierte von subsistenzorientierten und industrielle von landwirtschaftlichen Tätigkeiten abgelöst (im libanesischen Bürgerkrieg stieg der Anteil der Landwirtschaft am BSP von zehn auf über dreißig Prozent). Die Kriegsparteien werden ihre ökonomischen Bemühungen auf Branchen konzentrieren, die schnelle und hohe Gewinne in Devisen abwerfen (um Waffen zu erwerben oder ihre Bereicherungsstrategie in einem hoch riskanten Umfeld zu optimieren). Der Anteil risiko- und ertragreicher, normalerweise als »kriminell« bezeichneter oder spekulativer Aktivitäten nimmt zu. Dies liegt auch daran, dass das relative Risiko »krimineller« Aktivitäten unter Bürgerkriegsbedingungen niedriger ist als im Frieden. Dieser Wandel kann jedoch in einem strikt marktwirtschaftlichen Verständnis zu einer Effizienzsteigerung der Ressourcennutzung führen. Unter dem Gesichtspunkt der komparativen Kostenvorteile ist es für Afghanistan nützlicher, Rohopium zu exportieren als Weizen für den internen Verbrauch anzubauen. Insgesamt bietet die mit dem zerfallenden staatlichen Gewaltmonopol einhergehende Deregulierung eine Vielzahl von Chancen, Ressourcen effizienter zu nutzen (etwa dank des Fortfalls ökologischer oder sozialer Auflagen).

AUSSENWIRTSCHAFT. Die vom Bürgerkrieg hervorgerufenen sektoralen Veränderungen stehen in engem Zusammenhang mit der zu erwartenden Transformation der außenwirtschaftlichen Beziehungen. Die Unterbrechung von Produktion und Verkehr werden auch Außenhandel und ausländische Investitionen beeinträchtigen. In bestimmten Nischen, vor allem bei der Produktion kriegswichtiger Güter, kann es auch zu Ansätzen einer importsubstituierenden Industrialisierung kommen. Darüber hinaus wird die »Kriminalisierung« der außenwirtschaftlichen Beziehungen zu beobachten sein. Der Handel mit Rauschgift, Giftmüll, Waffen, indizierten Gütern (Elfenbein, Tropenholz) oder Gütern, die einem internationalen Embargo unterliegen (irakisches Öl), birgt hohe Risiken und verspricht deshalb hohe Erträge.

ZERSTÖRUNG VON VERTRAUEN. Als langfristig am destruktivsten könnten sich die vom Bürgerkrieg ausgelösten metaökonomischen Veränderungen erweisen: die der kollektiven wirtschaftlichen Erwartungen und Dispositionen. Von den drei Ressourcen zur Koordination gesellschaftlichen Handelns: Zwang, materielle Anreize und »trust«, ist »trust« die billigste und effizienteste. Ein Bürgerkrieg wird dazu führen, dass Handlungskoordination mehr durch Zwang und weniger durch »Vertrauen« herbeigeführt wird. Darüber hinaus wird »trust« nicht nur abgebaut, sondern auch umverteilt: Vom generalisierten »anonymen« Vertrauen auf gesamtgesellschaftlicher Ebene hin zu partikularen Klientelnetzen (Stewart/FitzGerald analysieren diesen Abbau bzw. diese Umverteilung als Zerstörung und Umverteilung von »Anrechten«). Da Vertrauen nicht durch Gesetze und Deklarationen erzeugt wird, sondern sich nur langfristig in alltäglichen Erfahrungen aufbaut, kann seine Zerstörung durch den Bürgerkrieg »nachhaltig« sein.

Post-nationalstaatliche Konflikte und wirtschaftliche Globalisierung

Die wirtschaftliche Globalisierung, so die Überzeugung vieler optimistischer Beobachter, befördert über die Integration der Märkte und die weltweite Organisation von Produktion und Distribution die friedliche Konvergenz der Nationen und Kulturen. Dieser neoliberalen stellt Mark Duffield eine politisch-ökonomische Perspektive gegenüber: Im Zusammenprall mit nicht-westlichen Sozialsystemen und politischen Projekten erzeugt die Globalisierung auch Resultate, die keine friedliche Konvergenz im Rahmen einer liberalen Marktordnung, sondern ein dauerhaftes Ordnungsdefizit entstehen lassen.²⁸

Kern der Globalisierungsdynamik ist der seit den siebziger Jahren beobachtete (relative) Bedeutungsverlust des Staates im Verhältnis zu supra-, trans- oder subnationalen Akteuren, die sich Teile nationalstaatlicher Souveränität aneignen. Dieser Bedeutungsverlust des Staates hatte in den Ländern der Dritten Welt andere Konsequenzen als in den entwickelten Industrieländern: In der ersten Welt wurde der staatliche Souveränitätsabbau durch supranationale Integrationsprozesse auf regionaler

28. Mark Duffield, »Globalization, Transborder Trade and War Economies«, a.a.O., S. 69 ff

oder globaler Ebene zumindest zu Teilen wieder aufgefangen. Dabei wurde ein Wandel von hierarchischen Formen des »government« zu Netzwerken der »governance« registriert. Dies hat zu neuen Problemen eigener Art geführt, etwa zur Frage nach der Verantwortlichkeit von Netzwerken oder dem Demokratiedefizit überstaatlicher Organisationen. Insgesamt jedoch wurde vielfach erfolgreich versucht, die potenziell destabilisierenden Konsequenzen der partiellen Denationalisierung durch neue und weitgehend stabile internationale Arrangements auszugleichen. Dieser ausgleichende Effekt überstaatlicher Integrationsprozesse ist in vielen Entwicklungs- und Transformationsländern ausgeblieben. Hier war der relative Bedeutungsverlust des Nationalstaates gleichbedeutend mit zentrifugalen Tendenzen. Diese haben politische Entitäten hinterlassen, die sich als »Staaten« nur mit der Hinzufügung eines Attributs (failed, shadow usw.) bezeichnen lassen. Damit haben sich spezifische Konfliktformen etabliert, die – wie oben angedeutet – mit Begriffen wie »Bürgerkrieg«, »innerer Krieg« oder »innerstaatlicher Krieg« nur unzureichend erfasst werden, da der Staat in vielen Fällen nicht mehr der Bezugspunkt der Auseinandersetzungen ist. Duffield entwickelt daher das Konzept des post-nationalstaatlichen Konflikts, das die Effekte der Globalisierung in die Definition des Konflikttypus aufnimmt (s.o.). Post-nationalstaatliche Konflikte liegen vor, wenn die Akteure nicht mehr daran interessiert sind, ihre Macht über die staatliche Bürokratie zu sichern und es nicht mehr für notwendig oder realistisch halten, ihre Bereicherungsstrategien im Rahmen nationalstaatlicher Legalität zu verfolgen. Die wirtschaftliche Globalisierung hat trans- und subnationalen Akteuren eine Vielzahl von Gelegenheiten verschafft, sich unter Umgehung staatlicher Kontrollinstanzen direkt mit den globalen Märkten zu »vernetzen«.

Duffield weist darauf hin, dass auch die neuen Bürgerkriegsökonomien in die »normalen« sozioökonomischen Beziehungen der betroffenen Länder bzw. Regionen eingebettet sind. Ein Kennzeichen der regionalen Wirtschaften ist der grenzüberschreitende Parallelhandel, ein illegaler Austausch legaler wie illegaler Güter. Dieser Parallelhandel basiert nicht auf Produktion und produktiver Investition, sondern zielt darauf, die Ströme vorhandener Güter, Dienstleistungen und Ressourcen zu kontrollieren. Seinen Gewinn schöpft er aus der Nutzung aller möglichen Differenzen: der Preise, der Verfügbarkeit, der Qualität usw. Dieser Parallelhandel ist nicht – wie einige Entwicklungsagenturen in den achtziger Jahren annahmen – eine populäre Antwort auf »künstliche« Zollgrenzen, sondern basiert auf der Beibehaltung von Grenzen und Dif-

ferenzen. Er wirkt ökonomisch illiberal und tendiert politisch zu einer Refeudalisierung, weil der Zugang zu ihm über ethnische, lokale, verwandtschaftliche und andere Beziehungsnetze kontrolliert wird. Der Parallelhandel wirkt nicht in jedem Fall politisch destabilisierend, seine Kontrolle und Manipulation ist aber oft die ökonomische Grundlage und das Motiv alternativer Eliten, deren politisch-ökonomische Strategien in gewaltsame post-nationalstaatliche Konflikte münden. Außerdem schafft der Parallelhandel die semilegalen oder kriminellen Netzwerke, die im Konflikt mobilisiert werden und von ihm profitieren.

Ein Charakteristikum dieser Netzwerke des Parallelhandels ist ihre hohe Anpassungsfähigkeit. Sie können, je nach Lage des Konflikts, regional oder global orientiert sein. Sie schließen den Verkauf lebenswichtiger Güter (wie Lebensmittel, Treibstoff, Medikamente) in kriegsbedingten Knappheitssituationen zu hohen Preisen (und den gleichzeitigen Erwerb dauerhafter Konsumgüter zu niedrigen Preisen) ebenso ein wie den Handel mit Gütern – Haushaltsgegenstände, Baumaterial, Vieh –, die bei ethnischen Säuberungen geplündert wurden. Die lokalen Handelsnetzwerke können sich direkt über ihre eigene Diaspora oder indirekt über kriminelle Organisationen (die Drogenmafia) mit den globalen Märkten verbinden. Sie nutzen hoch zentralisierte Märkte wie den Diamantenmarkt (und können hierbei mit der Komplizität der führenden Unternehmen rechnen). Und sie nutzen deren internationale Regulierung: Das Umgehen von Regulierungen erhöht das Risiko, aber auch den Gewinn von Transaktionen. Dabei können Bürgerkriegsparteien global auch als Agenten eines wahrhaft deregulierten Marktes wirken, indem sie die Differenzen zwischen »künstlich« (durch Verbote, Zölle und Auflagen) erhöhten und »freien« Preisen nutzen, die sich in Abwesenheit legaler Beschränkungen bilden.

Jean Rufin hat in dem einleitenden Beitrag zum Sammelband »Ökonomie der Bürgerkriege« eine Art Dialektik zwischen Lokalisierung und Globalisierung von »low-intensity«-Konflikten nachgezeichnet.²⁹ Die geschlossene Kriegswirtschaft nach dem Muster der maoistischen Bürgerkriegsarmee in China, in der sich die Kämpfer vor Ort selbst versorgen, gehört der Vergangenheit an. In späteren Jahren waren Bürgerkriegsarmeen nur dann erfolgreich, wenn sie entweder auf ein ausländisches Rückzugsgebiet, von dem aus sie ihre Parallelökonomie

29. Jean-Christophe Rufin, »Kriegswirtschaft in internen Konflikten«, in: Jean/Rufin, *Ökonomie der Bürgerkriege*, S. 15 ff

organisieren konnten, oder auf die nicht-produktiven, von internationaler humanitärer Hilfe genährten Ökonomien der Flüchtlingslager zurückgreifen konnten. Doch heute sind weder Rückzugszonen noch Flüchtlingslager unabdingbare Voraussetzungen für die Ökonomie eines Bürgerkriegs: Die aktuellen Kriegsparteien sind (wieder) in der Lage, verstärkt auf die lokalen Ressourcen zurückzugreifen, gleichzeitig können sie lokale Ressourcen global vermarkten. Einerseits ermöglicht die internationale Hilfe die direkte Beraubung der Bevölkerung und erlaubt das Durchhalten von Bereicherungsstrategien, die anderweitig zum schnellen Kollaps der lokalen Ökonomie führen würden. Gleichzeitig können die lokal geförderten Rohstoffe dank krimineller globaler Netzwerke auf den internationalen Märkten verkauft werden. Diese ökonomische Restrukturierung führt zu einer Veränderung auch der Kampfformen: Es ist nicht mehr so, dass sich die herrschende Elite in den Städten verschanzt und die Aufstandsbewegung die Berge kontrolliert, vielmehr müssen die Rebellen, wenn sie ökonomisch erfolgreich sein wollen, über die Kontrolle von Rohstoffklaven, Flughäfen usw. verfügen. Damit geraten die Hauptstädte (Monrovia, Kabul, Mogadischu) in das Zentrum der Auseinandersetzungen, die sich traditionellen Stellungskriegen angleichen.

Die Gefahr des eingengten Blickwinkels

Ein Charakteristikum der Literatur zur »Ökonomie der Bürgerkriege« in den neunziger Jahren liegt darin, dass sie sich auf zwei spezielle Konflikttypen konzentriert: Auf die Bürgerkriege Afrikas und auf die Konflikte in Ost- und Südosteuropa; hinzu kommen Kolumbien, Kambodscha, die Philippinen und Afghanistan. Das Spektrum erscheint in regionaler Hinsicht wie in Hinblick auf die betroffenen Gesellschaften ausreichend groß, um generelle Aussagen über die ökonomischen Motive und Verlaufsformen von »low-intensity«-Konflikten zu ermöglichen, auch wenn die Aussagen keineswegs immer wie bei Collier auf die Behauptung eines allgemeingültigen und kontextunabhängigen Motivs hinauslaufen. Die Studien befassen sich in erster Linie mit Bürgerkriegen in »failed states«. Damit gerät eine ganze Reihe von Konflikten aus dem Blickfeld, deren Ökonomie sich in der Tat schwerer erschließt. Zu nennen sind unter anderem Kaschmir, Palästina, Algerien, Mexiko und Sri Lanka. Man könnte argumentieren, dass es eben ökonomisch und politisch (Kaschmir, Palä-

stina), ethnisch (Sri Lanka), sozial (Mexiko) oder religiös (Algerien) motivierte Konflikte gibt. Dies hieße jedoch, dass die ökonomische Dimension eines Konflikts wie des Streits um Palästina ausgeblendet würde. Die »irrationalen« Atavismen und unverrückbaren Identitäten, die die ökonomische Analyse gerade relativiert hatte, könnten dann in weltpolitisch zentralen Auseinandersetzungen wieder auftauchen.

Eine zweite Beschränkung der Literatur liegt darin, dass sie implizit nahe legt, den »low-intensity«-Konflikt mit einer Art globalisierungsbedingtem Schicksal der Dritten Welt zu assoziieren. Diese Perspektive vernachlässigt nicht nur die ostasiatischen Erfolgsländer. Die ganz große Mehrheit der Drittweltländer ist weder in der roten Zone der Kriegsökonomien, noch in der goldenen Nische der Globalisierungsgewinner lokalisiert, sondern in einer Grauzone gefährdeter Erfolge, fragiler Stabilität und unabgeschlossener Modernisierungsprozesse. Die Konzentration auf die »failed states« verdeckt den Blick auf die Erfolge, die viele Länder unter schwierigen Bedingungen erzielen konnten.

Schließlich: Die Konzentration auf das Motiv Gier hat nicht nur die Aufmerksamkeit auf einen neuen Typus post-nationalstaatlicher Konflikte gelenkt, sie hat auch indirekt die Missstände entproblematisiert. Die Aufmerksamkeit kann von den Missständen abgezogen werden, da diese als solche sich nicht oder selten in bewaffnete Rebellion umsetzen. Die Konzentration auf »greed« hat m. a. W. auch den Nebeneffekt, dass die mögliche soziale oder politische Legitimität auch bewaffneter Rebellionsbewegungen nicht nur im Einzelfall, sondern von vornherein kein Thema der Debatte mehr ist.